

20.11.2007 - 16:47 Uhr

Public Private Security 2008 bietet Informationen, Erfahrungsaustausch und Diskussion zur Sicherheitslage und bedarfsorientierten Sicherheitslösungen

Hannover (ots) -

Die PUBLIC PRIVATE SECURITY 2008 bietet allen Verantwortungsträgern für öffentliche Sicherheit und Ordnung erstmals eine zentrale Plattform für Informationen, Erfahrungsaustausch und Diskussion über Sicherheitslage und bedarfsorientierte Sicherheitslösungen.

Zahlreiche hochkarätige Referenten aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Sicherheitsbehörden werden am 23. und 24. Januar auf dem Messegelände in Hannover über aktuelle Themen, bevorstehende Herausforderungen und neue Trends berichten.

Veränderte Bedrohungslage in Deutschland

Im Zuge einer unverändert hohen Kriminalitätsbelastung in Städten und Gemeinden wird die Polizei in ihrer Arbeit täglich mit den daraus resultierenden Folgen konfrontiert. Dazu zählen Verwahrlosung öffentlicher Räume, eine Zunahme der Regelverletzungen und unerwünschte soziale Verhaltensweisen. Diese Umstände verbreiten Angst und führen zu der Abnahme des subjektiven Sicherheitsgefühls sowie einer Minderung der Lebensqualität von Bürgerinnen und Bürgern.

Nicht so sehr das spektakuläre Verbrechen erschreckt dabei, sondern vielmehr das tägliche Erlebnis von Verwahrlosung, Vandalismus und Zerstörung. Dabei spielen Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Verkehrsraum und Personennahverkehr für das Sicherheitsempfinden eine besondere Rolle. Neben der Beeinträchtigung der Lebensqualität der Einwohner können die Kriminalitätslage und Umfeldminderung als negativer "weicher" Standortfaktor einer Stadt das Image und damit auch Standortentscheidungen von Unternehmen beeinflussen. Infolgedessen ist davon auch die Erwerbslage der Wirtschaft, insbesondere die des Einzelhandels betroffen. Im Kongress-Modul "Sicherheit bei Stadtplanung und -entwicklung" werden diese Aspekte in Vorträgen und Diskussionen thematisiert.

Energie- und Verkehrsnetze, Internet und Telekommunikation, Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung sind zentrale Lebensnerven unserer Gesellschaft und trotz robuster Technik schon durch kleine Störungen verwundbar. Obwohl bei terroristischen Anschlägen mit einem hohen Schadensausmaß gerechnet werden muss, gilt es, weitaus häufigere Gefährdungen für die so genannten kritischen Infrastrukturen (KRITIS) zu berücksichtigen. Hierzu zählen sowohl technisches und menschliches Versagen, aber auch Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Sturm. Belege dafür sind das Elbe-Oder-Hochwasser (Juli 1997 und August 2002), die Schneekatastrophe im Münsterland (November 2005), der Sturm Kyrill (Januar 2007) bzw. die Trockenperiode (April 2007). Im Kongressmodul "Schutz kritischer Infrastrukturen" berichten Betroffene, wie solche Herausforderungen bewältigt wurden bzw. erfolgreich gemeistert werden können.

Innere Sicherheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Solche Ereignisse führen regelmäßig aufgrund der damit verbundenen Schäden zu erheblichen Störungen der öffentlichen Sicherheit oder anderen dramatischen Folgen. Da sich aber 80 Prozent der sicherheitsrelevanten Infrastrukturen in privater Hand befinden, lässt sich zivile Sicherheit nicht mehr allein durch behördliche Weisung organisieren. Sicherheit ist somit längst nicht mehr nur Angelegenheit von Polizei, Feuerwehr und THW. Infolgedessen ist eine

Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft mehr denn je gefordert.

Städte und Gemeinden müssen sich im Interesse der Bevölkerung, aber auch im Hinblick auf die Standortfrage und den damit verbundenen wirtschaftlichen Interessen immer mehr dem Problem der inneren Sicherheit und öffentlichen Ordnung stellen. Dabei zeigt sich jedoch, dass auf das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung nicht immer mit einem erhöhten Einsatz von Polizeikräften reagiert werden kann.

Die bisher geführten Diskussionen über die Aufgaben- und Rollenverteilung bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit zeigen aber immer noch ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen den beteiligten staatlichen und privaten Akteuren auf. Die PUBLIC PRIVATE SECURITY bietet im Kongress-Plenum sowie auf den Ständen der Aussteller die Möglichkeit für Gespräche und Diskussion der Standpunkte.

Lange Zeit war ein Störfaktor für ein geregeltes Miteinander, dass von öffentlicher Seite die Auffassung vertreten wurde, die gesetzlich verbrieft alleinige Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols würde auch gleichzeitig ein staatliches Sicherheitsmonopol beinhalten. Ein weiteres Hemmnis liegt immer noch darin begründet, dass bisher durch die exekutiven und parlamentarischen Verantwortungsträger - trotz Kenntnis des Handlungsbedarfs - keine ausreichenden Maßnahmen zur Behebung der Defizite für eine Zusammenarbeit eingeleitet wurden. Und das, obwohl weiterhin an die Kooperation bei den zu bewältigenden Aufgaben hohe Bedingungen geknüpft werden. In der Podiumsdiskussion, die nach der Auftaktveranstaltung am 23. Januar 2008 stattfindet, gibt die PPS Impulse zur Schaffung bzw. Optimierung der notwendigen Rahmenbedingungen.

Es ist zwar offensichtlich, dass das Auftreten privater Sicherheitsdienste, insbesondere im öffentlichen Raum bzw. in öffentlich zugänglichen Privatrechtsbereichen, durchaus nicht immer die an sie gestellten Erwartungen erfüllt. Aber auch auf diesem Feld hat sich vieles positiv entwickelt. So wurden in den letzten Jahren im Verbund von Kommunen, Polizei und Sicherheitsunternehmen zahlreiche Sicherheitspartnerschaften gegründet, um durch einen Informationsaustausch über sicherheitsrelevante Umstände den Schutz vor Kriminalität und Gefahren gemeinsam zu verbessern. Die Qualitätsanforderungen sind dabei steigend. Die zwischenzeitlich versachlichte Diskussion, gestützt durch wissenschaftliche Erhebungen und Erkenntnisse, bildet eine gute Basis, um weitere praktikable, gesetzeskonforme und für alle Beteiligten akzeptable Lösungen zu erarbeiten. Die Übertragung von Aufgaben, u. a. zur Gewährleistung der Sicherheit bei Großveranstaltungen wie bei der WM 2006 oder aber im Luftverkehr, belegt dies eindeutig. Die PPS zeigt die Trends bei den Einsatzbereichen und Sicherheitslösungen von privaten Sicherheitsunternehmen in den Modulen "Kommunale Sicherheit" und "Kriterien für Vergabe und Qualität von Sicherheitsdienstleistungen" auf.

PPS bietet strategische Ansätze und bedarfsorientierte Lösungen für Sicherheit

In Zeiten zunehmender Bedrohungen und erhöhten Sicherheitsbedarfes sowie dadurch bedingten Finanzierungsaufwandes wird sich der Staat auch bei der Gewährleistung von Sicherheit künftig auf seine Kernaufgaben beschränken. Demzufolge zählen die Nutzung und Bündelung vorhandener Ressourcen von Staat und Privatwirtschaft zu den dringlichsten Aufgaben.

Ziel wird es sein, den Anteil von öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) an den öffentlichen Investitionen von derzeit zwei bis vier Prozent deutlich zu heben. Vermehrte Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft zur wirtschaftlicheren Erfüllung öffentlicher Aufgaben sind auch im Bereich der Sicherheit vorstellbar. Es wird eine gemeinsame Aufgabe zwischen Staat und Wirtschaft - hier insbesondere auch mit dem

Sicherheitsgewerbe - sein, entsprechende Partnerschaftsmodelle zu entwickeln.

Detaillierte Informationen zum Kongressprogramm finden Sie unter:
www.public-private-security.de/kongress und
www.public-private-security.de

Pressekontakt:

Pressekontakt:

Andrea Staude
Deutsche Messe Hannover
Tel. +49 511 89-31015
E-Mail: andrea.staude@messe.de

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100001485/100549736> abgerufen werden.